

**Bundesgesetz  
über die berufliche Alters-, Hinterlassenen-  
und Invalidenvorsorge  
(BVG)**

**(Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung  
älterer Arbeitnehmender)**

**Änderung vom 11. Dezember 2009**

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 15. Juni 2007<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I

Das Bundesgesetz vom 25. Juni 1982<sup>2</sup> über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge wird wie folgt geändert:

**5a. Kapitel:  
Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmer**

*Art. 33a* Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes

<sup>1</sup> Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihrem Reglement vorsehen, dass für Versicherte, deren Lohn sich nach dem 58. Altersjahr um höchstens die Hälfte reduziert, auf Verlangen der versicherten Person die Vorsorge für den bisherigen versicherten Verdienst weitergeführt wird.

<sup>2</sup> Die Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes kann höchstens bis zum ordentlichen reglementarischen Rentenalter erfolgen.

<sup>3</sup> Die Beiträge zur Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes sind von der Beitragsparität nach den Artikeln 66 Absatz 1 dieses Gesetzes und 331 Absatz 3 des Obligationenrechts<sup>3</sup> ausgenommen. Das Reglement kann Beiträge des Arbeitgebers für diese Weiterversicherung nur mit dessen Zustimmung vorsehen.

1 BBl 2007 5669

2 SR 831.40

3 SR 220

Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarkteteiligung älterer Arbeitnehmender). BG

---

*Art. 33b* Erwerbstätigkeit nach dem ordentlichen Rentenalter

Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihrem Reglement vorsehen, dass auf Verlangen der versicherten Person deren Vorsorge bis zum Ende der Erwerbstätigkeit, höchstens jedoch bis zur Vollendung des 70. Altersjahres, weitergeführt wird.

*Art. 49 Abs. 2 Ziff. 1*

<sup>2</sup> Gewährt eine Vorsorgeeinrichtung mehr als die Mindestleistungen, so gelten für die weiter gehende Vorsorge die Vorschriften über:

1. die Definition und Grundsätze der beruflichen Vorsorge sowie des versicherbaren Lohnes oder des versicherbaren Einkommens (Art. 1, 33a und 33b),

II

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

**1. Zivilgesetzbuch<sup>4</sup>**

*Art. 89<sup>bis</sup> 5 Abs. 6 Ziff. 1*

<sup>6</sup> Für Personalfürsorgestiftungen, die auf dem Gebiet der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge tätig sind, gelten überdies die folgenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982<sup>6</sup> über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge über:

1. die Definition und Grundsätze der beruflichen Vorsorge sowie des versicherbaren Lohnes oder des versicherbaren Einkommens (Art. 1, 33a und 33b),

**2. Freizügigkeitsgesetz vom 17. Dezember 1993<sup>7</sup>**

*Art. 17 Abs. 6*

<sup>6</sup> Für Beiträge nach Artikel 33a BVG wird kein Zuschlag von 4 Prozent pro Altersjahr ab dem 20. Altersjahr nach Absatz 1 berechnet.

III

<sup>4</sup> SR 210

<sup>5</sup> Mit Inkrafttreten der Änderung vom 19. Dezember 2008 des ZGB (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht, BBl 2009 141) wird Art. 89<sup>bis</sup> zu Art. 89a.

<sup>6</sup> SR 831.40

<sup>7</sup> SR 831.42

Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarkteteiligung älterer Arbeitnehmender). BG

---

*Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 11. Dezember 2009*

*Koordination des Rentenalters*

<sup>1</sup> Tritt die 11. AHV-Revision<sup>8</sup> nicht spätestens gleichzeitig mit dieser Gesetzesänderung in Kraft, so nimmt der Bundesrat die notwendigen Anpassungen beim Rentenalter sowie beim Vorbezug und Aufschub der Altersleistung vor.

<sup>2</sup> Tritt die Änderung vom 19. Dezember 2008 des BVG (Mindestumwandlungssatz)<sup>9</sup> nicht spätestens gleichzeitig mit dieser Gesetzesänderung in Kraft, so nimmt der Bundesrat die notwendigen Anpassungen beim Rentenalter vor.

IV

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Ständerat, 11. Dezember 2009

Nationalrat, 11. Dezember 2009

Die Präsidentin: Erika Forster-Vannini

Die Präsidentin: Pascale Bruderer Wyss

Der Sekretär: Philippe Schwab

Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

<sup>8</sup> Neufassung, erste Botschaft BBl 2006 1957

<sup>9</sup> BBl 2009 19

Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarkteteiligung älterer Arbeitnehmender). BG

---